

2008 keine elektronische Gesundheitskarte in Sachsen

Im Rollout-Konzept zur elektronischen Gesundheitskarte der gematik, der Gesellschaft zur Einführung der elektronischen Gesundheitskarte, ist vorgesehen, dass in Sachsen als sogenannter „begrenzter Region“ oder „Durchstichregion“ als erstem Land in Deutschland alle Versicherten mit der elektronischen Gesundheitskarte ausgestattet werden sollen. Damit verbunden ist die vorherige Ausstattung aller Ärzte, Zahnärzte, Krankenhäuser und Psychotherapeuten in Sachsen mit neuen Lesegeräten und der erforderlichen Anpassung der Primärsysteme. Projektbeginn soll der 1. Oktober 2008 sein.

Die Sächsische Landesärztekammer hat sich bereits Anfang Januar 2008 mit Schreiben an Frau Orosz, Sächsische Staatsministerin für Soziales, an Herrn Professor Dr. Hoppe, Präsident der Bundesärztekammer und an Herrn Striebel, Vorsitzender der ARGE „SaxMediCard“ (Projektregion Löbau/Zittau) ausdrücklich gegen das Vorhaben positioniert, einen vorgezogenen Rollout der elektronischen Gesundheitskarte in Sachsen durchzuführen.

Der Deutsche Ärztetag in Münster 2007 hat sich entschieden gegen das Projekt „Elektronische Gesundheitskarte“ in der damaligen Form ausgesprochen. Diese in einem Land geplante vorgezogene Ausgabe von elektronischen Gesundheitskarten ist keine Änderung des Projekts im Sinne der Ärzteschaft und des Patientenwohls, sondern ist ein politisch motiviertes Vorhaben ohne Einbeziehung der in erster Linie Betroffenen.

Die sächsischen Ärzte in der Testregion Löbau-Zittau haben sich konstruktiv an der Testung der elektronischen Gesundheitskarte und des elektronischen Heilberufeausweises beteiligt. Dieses Engagement ist mit zusätzlichen Belastungen verbunden und den Kollegen gilt unser Dank.

Von dieser von der Sächsischen Landesärztekammer unterstützten Bereitschaft ausgehend einen Gesamtrollout der elektronischen Gesundheitskarte in Sachsen zu planen, konterkariert diese Bemühungen und wird sich möglicherweise bis in die Testregion negativ auswirken.

Alle in Sachsen Versicherten benötigen zukünftig zwei Karten, da die elektronische Gesundheitskarte ausschließlich von Ärzten und Zahnärzten in Sachsen eingelesen werden kann. Sobald sich ein Versicherter außerhalb Sachsens behandeln lässt, benötigt er die alte Krankenversicherungskarte. Das bedeutet:

- Aufwand für die Versicherten selbst (Vorhalten von zwei Karten),
- Doppelaufwand für die Krankenkassen bei notwendigen Aktualisierungen und bei Verlust,
- für die sächsischen Ärzte und Zahnärzte hohen Erklärungsbedarf gegenüber ihren Patienten,
- Verwechslung der Karten durch Patienten und massive Störungen im Praxisablauf und
- Mehraufwand für Ärzte und Zahnärzte in Grenz- und Tourismusregionen, wenn sächsische Versicherte keine alte Krankenversicherungskarte mehr vorlegen.

Die Durchführung eines reinen Rollouts der elektronischen Gesundheitskarte („neue Karte, neuer Schlitz“) ohne weitere Anwendungen bringt keinerlei medizinischen Nutzen.

Die elektronischen Gesundheitskarten sind bis heute nicht durch alle Testregionen vollumfänglich erprobt und vorliegende Ergebnisse wurden bis heute nicht evaluiert. Es ist strikt abzulehnen, dass Sachsen für dieses schlecht vorbereitete Experiment die Kulisse abgeben soll, auf Kosten von Ärzten und Patienten.

Als Begründung für die Auswahl Sachsens sind im Konzept folgende Faktoren benannt:

- kein Stadtstaat,
- wenig regionsübergreifende Versorgung,

- Erfahrungen in der Testregion Löbau-Zittau.

Dagegen sprechen Faktoren wie die demographische Struktur der niedergelassenen Ärzte in Sachsen mit dem höchsten Anteil an über 60-Jährigen und die älteste Bevölkerungsstruktur deutschlandweit. Die Ankündigung vieler älterer niedergelassener Ärzte, sich elektronischen Umstrukturierungsprozessen nicht mehr unterwerfen zu wollen, muss ernst genommen werden. Der Arztmangel in ländlichen Regionen Sachsens wird sich bei Durchsetzung des vorliegenden Rollout-Konzepts massiv verschärfen und die medizinische Versorgung gefährden.

Im Konzept ist keine Aussage zur Finanzierung der neuen Lesegeräte, der Anpassung der Praxisverwaltungssoftware und vor allem des zusätzlichen Beratungsaufwandes in den Praxen zu finden. Das derzeit geplante Projekt hätte verheerende Folgen für die tägliche Praxis. Möglicherweise wäre damit sogar die Einführung der medizinischen Telematikinfrastruktur insgesamt gefährdet, da aufgrund der nur unzureichend praxistauglichen Lösungen Akzeptanz durch Ärzte und Patienten nicht zu erwarten ist und die potentiellen Chancen des Projektes ungenutzt bleiben.

Die Positionierung von Sächsischer Landesärztekammer, Kassenärztlicher Vereinigung Sachsen und Landeszahnärztekammer Sachsen in einer gemeinsamen Presseerklärung gegen dieses Vorhaben ist ein deutliches Signal an die Politik. Dem Lenkungsgremium der ARGE „SaxMediCard“ liegt eine Anfrage der gematik zur Bereitschaft der Durchführung eines in Sachsen vorgezogenen Rollouts der elektronischen Gesundheitskarte vor. Die fundamentalen Bedenken der Ärzte sollten bei der Entscheidung darüber ernst genommen werden.